

**Betreff:**

Kurzfristige Entwicklung einer Standortalternative für die Kita Sonnenberg

**Antragstext:**

Der Ortsbeirat möge beschließen:

1. Der Stadtplanungsdezernent wird gebeten, in Abstimmung mit dem Sozialdezernenten und dem Liegenschaftsdezernenten kurzfristig eine Standortalternative für die für Sonnenberg vorgesehene Kita zu entwickeln.

Dabei sollen insbes. die Bebaubarkeit des Grundstücks südlich der Ortsverwaltung/Feuerwehr und die Möglichkeit der Kombination mit dem Vorhaben "Betreutes Wohnen ..." in der Danziger Straße geprüft werden.

2. Die genannten Dezernenten sollen ebenfalls kurzfristig mit einer groben Abschätzung berichten, welche finanziellen Vorteile ein solcher Standortwechsel unter Beachtung des Vermögenshaushalts und des Verwaltungshaushalts hätte.
3. Anschließend soll schnellstmöglich eine neue Ausschreibung durchgeführt werden.
4. Es ist wünschenswert, dass ein angemessener Teil der für den städtischen Haushalt eingesparten Mittel bald für die Entwicklung der Konrad – Duden – Schule eingesetzt werden. Außerdem sollen die für eine Kita – Einrichtung in Sonnenberg zweckgebundenen Mittel aus der Erbschaft baldmöglichst zweckgerecht eingesetzt werden.

**Begründung:**

In Sonnenberg sollte – ganz unabhängig von der anzustrebenden Entwicklung des katholischen Kindergartens zu einer Einrichtung mit zwei Gruppen – für die Betreuung von Kindern aus Sonnenberg entsprechend dem Bedarf baldmöglichst eine weitere Kita eingerichtet werden. Da dies nur in einer privaten Trägerschaft möglich ist, sollten die hierzu nötigen Maßnahmen möglichst zügig neu in die Wege geleitet werden. Am bisher ins Auge gefassten Standort oberhalb der Konrad - Duden - Schule lässt sich das Vorhaben nur mit schwerwiegenden Nachteilen für andere wichtige Interessen weiter verfolgen; weder eine zügige noch eine sachgerechte Verwirklichung ist dort möglich.

## **Antrag Nr. 06-O-23-0032**

### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

---

Beim Festhalten am bisher vorgesehenen Kita - Standort ergeben sich eine Reihe schwerwiegender Probleme, und es treten Zusatzkosten auf, die für den städtischen Haushalt den Nutzen der Privatisierung der Trägerschaft konterkarieren.

1. Es besteht ein sehr hohes Risiko, dass die damit einhergehenden baulichen Maßnahmen der künftig nötigen und anzustrebenden baulichen und pädagogischen Entwicklung der Konrad - Duden - Schule zur Ganztagschule im Wege stehen können.
2. Das Festhalten am bisher vorgesehenen Standort hat dazu geführt, dass die vom Förderverein an der Konrad - Duden - Schule betriebene Über - Mittag - Betreuung schon seit Beginn dieses Schuljahrs nicht mehr entsprechend der eigentlich gegebenen Nachfrage stattfindet.

Sie ließ sich nicht fortführen, weil angekündigt wurde, dass im Lauf dieses Schuljahrs der Kita-Bau am bisher vorgesehenen Standort beginnen könnte und die dann notwendige Erschließungsmaßnahme (Umbau der Straße/des Wendeplatzes und Neubau einer Verbindungsstraße durch den Schulgarten) in Angriff genommen würde.

Darüber hinaus würde der Schule bei dieser Vorgehensweise in Kürze und während der gesamten Bauzeit die Fläche des Werkhauses ohne Ersatz fehlen, in welchem Teile des Werkunterrichts und AGen durchgeführt werden.

3. Der am bisher vorgesehenen Standort erwartbare Bring -, Hol -, Park – und Fahrverkehr für Schule und Kita ist nicht sicher und in befriedigender Weise bewältigen, und zwar auch bei Erstellung einer Abfahrt über die Kloppenheimer Steige. Schon in der Bauzeit ist eine nicht akzeptable Verkehrssituation zu erwarten.

Zwar gibt es die Meinung, der Investor könne innerhalb des Kitagrundstücks eine ergänzende Verkehrsfläche zum Einfahren, Parken und Wegfahren für die Verkehrsbedürfnisse der Kita einrichten. Dies ist aber ohne schwerwiegende Veränderungen und Kosten bei der baulichen Planung des Vorhabens nicht möglich und war nicht Gegenstand der Ausschreibung und Verhandlungen mit den anbietenden Investoren.

Es ist auch bisher nicht ersichtlich, wie ein behindertengerechter Zugang zu dem Kita – Gebäude gewährleistet werden soll.

Dass die Verkehrsanforderungen nicht lösbar sind, ergibt sich offenkundig aus der Straßenbauskizze des Tiefbauamts, die dem Ortsbeirat vorliegt.

4. Die Erschließungskosten von inzwischen geschätzten deutlich über 600000,- €

**Antrag Nr. 06-O-23-0032**  
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

---

stehen außer Verhältnis zu dem Projekt und sind bisher auch nicht durch Haushaltsmittel oder Voranschläge dafür gedeckt. Es ist zwar ein Teilbetrag von 200000,- € für die Erschließung eingeplant, der aus einer Erbschaftszuwendung kommt; ob das der Zweckbindung bei der Zuwendung an die Stadt entspricht, erscheint aber zweifelhaft.

Die Zusatzkosten konterkarieren den Nutzen, den die Stadt aus der vorgesehenen privaten Trägerschaft ziehen könnte.

Würde das Vorhaben auf einem anderen Grundstück verwirklicht, bei dem die Stadt einen geringeren Vermögenswert für die Kita einsetzen müsste als auf dem bisher vorgesehenen Grundstück (gemessen am denk-baren Ertrag für den Fall eines hochwertigen Verkaufs zu Marktpreisen), könnten hier weitere Vorteile erzielt werden. Ihre Nichterzielung bei Festhalten am Standort wäre als Zusatzkosten zu bewerten.

Bei Errichtung einer Kita an einem anderen, bereits gut erschlossenen und gut zugänglichen Grundstück ist auch zu erwarten, dass die Errichtungs – und Betriebskosten für den zu suchenden Betreiber günstiger liegen werden und dass sich das in geringeren Zuschuss-forderungen der Anbieter in einer neuen Ausschreibung zeigen wird.

5. Im Anschluss an die gebotene Suche nach einer Standortalternative ist das Projekt unverzüglich neu auszuschreiben, damit die Kita für Sonnenberg so schnell wie möglich realisiert wird.
6. Wenn sich – was sehr plausibel ist – bewahrheiten wird, dass die Stadt durch die neue Planung Haushaltsmittel einspart, ist es berechtigt zu erwarten, dass ein angemessener Teil der eingesparten Mittel im Interesse der Entwicklung der Konrad – Duden – Schule eingesetzt werden, welche nach der Koalitionsvereinbarung bald zu einer Ganztagschule zu entwickeln ist. Auch die zweckgebundenen Erbschaftsmittel müssen dem Zweck entsprechend eingesetzt werden.

**Begründung:**

Wiesbaden,

